Kreisverband Ansbach/Weißenburg – Gunzenhausen

DIE LINKE.

An

PRESSEMITTEILUNG

Ansbach, 23.04.2010

Erneuerbare Energien statt Atomphantasien !
Unterstützung der Aktion gegen Atomkraft am 26. April in Ansbach

Die LINKE. im Kreisverband Ansbach/Weißenburg-Gunzenhausen, unterstützt die Aktion gegen Atomkraft am 26.4.2010 in Ansbach anlässlich des Jahrestages des Gaus im AKW Tschernobyl und spricht sich entschieden für eine Stilllegung der Atomkraftwerke und gegen eine Verlängerung von AKW-Laufzeiten aus.

Ansbach: „Die LINKE will kein Comeback der Atomenergie. Spätestens seit dem Reaktorunfall in Tschernobyl ist klar, dass Atomenergie nicht absolut beherrschbar ist.“, bekräftigt Peter Gramm, Kreisvorsitzender der Partei DIE LINKE. im Kreisverband Ansbach/Weißenburg- Gunzenhausen, den Standpunkt der Linken zur Atompolitik.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung betreibt das Geschäft der Atomlobby, wenn sie die Gesundheit und die Sicherheit der Menschen den Profitinteressen der Konzerne unterordnet. Die Kernenrgie ist der Werbekampagne der Kraftwerksbetreiber um Trotz keine saubere Energiequelle, weder im Hinblick auf die Luftbelastung und schon gar nicht im Hinblick auf die atomaren Abfälle, die sie produziert. Es gibt keine Antwort auf das ungelöste Problem der Endlagerung der 450 Tonnen radioaktiven Mülls, den alleine die deutschen Kernkraftwerke pro Jahr produzieren. Die Räumung von Asse wird allein ca. 3,7 Milliarden € kosten, Kosten die auf die Allgemeinheit übertragen werden. Hingegen verdienen die Kraftwerksbetreiber aber 300 Millionen € jährlich an jedem abgeschriebenem Kraftwerk, also besonders viel an den alten und unsicheren Werken, deren Laufzeit sie natürlich gerne verlängern wollen.

Angesichts der dramatischen Entwicklung des weltweiten Klimas ist mit Nachdruck eine vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien zwingend notwendig und muss schnellstmöglich angegangen werden. Desweiteren gehört die Energieversorgung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in die öffentliche Hand und unter demokratischer Kontrolle, damit die Sicherheit der Menschen im Vordergrund steht und nicht der Profit einiger weniger Konzerne. Es gibt in der Bevölkerung keine Mehrheit für Laufzeitverlängerungen.

Mit sonnigen Grüßen

Peter Gramm